

# Neue Geheimwaffe gegen Banken

Publiziert am 10. Oktober 2014 von Wilfried Müller auf [www.wissenbloggt.de](http://www.wissenbloggt.de)



Die Story fängt mit einem nicht onlineen Artikel der Süddeutschen Zeitung an: *Spitzenkraft*, von Andreas Zielcke (8.10.). Vordergründig wird dort die deutsche Ausgabe von "Das Kapital" gefeiert, dem Buch von Thomas Piketty (Bild: PublicDomainPictures, pixabay).

Eingangs beleuchtet der Artikel die andere Seite der Apple-Geschichte (siehe Kritik an Apple & Co. ausgeweitet<sup>1</sup>), nicht mehr das Ende, wo das Geld abgesaugt wird, sondern wo es gezahlt wird. Der Top-Abkassierer ist der Apple-Chef, der an Gehalt, Aktienoptionen und Gratifikationen (vormals Boni) 378 Millionen Dollar pro Jahr kassierte, mehr als das 6000-fache vom durchschnittlichen Apple-Jahresgehalt.

Wenn sich die Religion ungebremst austoben darf, gibt es Exzesse wie den Ablasshandel im christlichen Mittelalter und die Scharia-Staaten heutzutage. Wo sich der Kapitalismus ungebremst austoben darf, gibt es Apple.

Und Amazon, wie ein SZ-Artikel vom Tag zuvor (7.10.) beschreibt, Steueroase Luxemburg - Amazon soll weniger als ein Prozent Steuern zahlen.<sup>2</sup> Demnach sollen die Steueroase Luxemburg und der Internet-händler Amazon ausgehandelt haben, dass Amazon kaum Steuern zahlen muss. Laut SZ ermittele die Europäische Kommission nun offiziell, ob dieser Deal illegal ist.

Es geht um Steuererleichterungen, die so gut wie Steuerabschaffung sind. Unterm Strich müsse Amazon weniger als ein Prozent auf seine europäischen Gewinne zahlen, so die wird die Financial Times von der

SZ zitiert. Richtig interessant wird es im Folgenden, Zitat SZ:

*Über den Fall entscheidet die neue EU-Kommission. Chef der Behörde wird Jean-Claude Juncker - er war Premier und Finanzminister in Luxemburg, als Amazon den günstigen Steuerdeal bekommen hat.*

Das fügt sich gut in die Szenerie, die man heute geboten bekommt. Einerseits ermittelt die EU bereits offiziell gegen Irland wegen Apple (und gegen die Niederlande wegen Starbucks und gegen Luxemburg wegen Fiat). Doch was wird andererseits daraus werden, wenn die neue Kommission loslegt? Sie ist doch von volksfeindlichen Interessen unterwandert, siehe Krötenschlucken in Europa.<sup>3</sup>

Mit politischen Führern wie dem EU-Kommissionspräsidenten Juncker haben die Lobbys den politischen Raum im Griff. Es wird also weiter an der Reichtumspflege gearbeitet. Zurück zum Piketty-Artikel für ein paar Zahlen:

Die größten Einkommen sind nicht mehr die Vermögenseinkommen, sondern die Gehälter samt Begleitmusik. Darin spiegeln sich die überdimensionalen Boni oder Gratifikationen. Folglich besitzen die oberen 10% in den USA 50% des Vermögens und das obere 1% besitzt 20%. In den letzten Jahren hat dieses 1% fast die gesamten Wohlstandsgewinne abgesaugt (95% davon). Zum Vergleich ein paar deutsche Zahlen: das obere 1% besitzt 12% des Vermögens, das obere 0,1% immer noch 4%.

Der Piketty-Artikel besagt noch, dass sein umfangreiches Datenmaterial die größte Ungleichheit im Zeitraum 1789 bis 1914 verortet, und dann geht's 1970 wieder los bis heute (siehe auch Reload 1970<sup>4</sup>). Warum das so ist, erklärt Piketty nicht oder nur angefochtenermaßen. Von einer Rechtfertigung der Asymmetrie ist keine Rede und kann wohl auch keine Rede sein. Als Abhilfe schlägt Piketty progressive Reichensteuern vor, also eine altbekannte Forderung (wie ja auch die Ungleichheit durchaus bekannt war). Schlussfrage der SZ: *Brennt ihr (der Öffentlichkeit) die krasse Ungleichheit unter den Nägeln, oder nicht?*

Wie es brennt, zeigt die New York Times in einem anderen Piketty-Artikel vom 26.9. unter The Upshot, Uneven Gains - The Benefits of Economic Expansions Are Increasingly Going to the Richest Americans<sup>5</sup>. Das sind nun auch keine neuen Nachrichten, aber immerhin wird der Ton schärfer. In der Printausgabe (als Beilage der SZ) heißt der Artikel von Neil Irwin *A Crisis Of Faith In The Elite*, also man traut den oberen Prozenten nicht mehr.

<sup>1</sup> <http://www.wissenbloggt.de/?p=23853>

<sup>2</sup> <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/steueroase-luxemburg-amazon-soll-weniger-als-ein-prozent-steuern-zahlen-1.2162444>

<sup>3</sup> <http://www.atheisten-info.at/infos/info2123.html>

<sup>4</sup> <http://www.wissenbloggt.de/?p=18860>

<sup>5</sup> [http://www.nytimes.com/2014/09/27/upshot/the-benefits-of-economic-expansions-are-increasingly-going-to-the-richest-americans.html?\\_r=2&abt=0002&abg=0](http://www.nytimes.com/2014/09/27/upshot/the-benefits-of-economic-expansions-are-increasingly-going-to-the-richest-americans.html?_r=2&abt=0002&abg=0)

Die unausgesprochene Vereinbarung war mal, die Reichen profitieren und die anderen auch - aber jetzt profitieren nur noch die Reichen. Von dem Wachstum (6,7% Bruttosozialprodukt in den USA) hat nur das obere 1% profitiert. Und das BSP ernährt niemand. Die Zahlen dazu sind so überschrieben:

*Inequality Has Increased With Each Expansion in the Postwar Era - Percent share of income growth received by the top 10 percent and bottom 90 percent of earners during expansions.* Seit dem Krieg hat jeder Anstieg vom BSP mehr Ungleichheit gebracht. An den Zahlen für das obere 10% wird das deutlich.

#### USA: jährliche Einkommenszuwächse 1949 bis 2012

	1949-1953	1954-1957	1959-1960	1961-1969	1970-1973
obere 10%	20%	28%	32%	33%	43%
restliche 90%	80%	72%	68%	67%	57%

  

	1975+1979	1982-1990	1991-2000	2001-2007	2009-2012
obere 10%	45%	80%	73%	98%	116%
restliche 90%	55%	20%	27%	2%	-16%

Die oberen Zeilen zeigen den Zeitbereich, die Zeilen darunter den Anteil vom Einkommenszuwachs der oberen 10%, die unteren Zeilen den Anteil der restlichen 90%. Die letzten 30 Jahre ist demnach praktisch nichts mehr für die 90% abgefallen (wenn man die Schuldenaufnahme einrechnet), und die letzten Jahre bringen sogar ein Minus. Das müsste doch unter den Nägeln brennen, um mit der SZ zu sprechen.

Als Abschluss nun die angesagte Geheimwaffe, auch wenn sie eher sarkastisch daherkommt. Wie THE HILL am 9.10. berichtet, gibt es Leute, die gegen die Verhältnisse antanzen: IMF director offers to belly dance for Congress<sup>6</sup> (Link von der NYT).

Gemeint ist die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF) Christine Lagarde<sup>7</sup>, die Druck auf den International Monetary Fund (IMF) möchte. *The managing director of the International Monetary Fund (IMF) on Thursday pleaded with Congress to approve changes to the bank's operations — and said she's willing to do a song-and-dance routine to make it happen.*

Um ihren Willen durchzusetzen, bietet sie einen Sing- und Bauchtanz-Auftritt an. Lagarde dürfte über einschlägige Fähigkeiten verfügen, wo sie doch früher in der französischen Nationalmannschaft der Synchronschwimmer war. Sie tanzt aber erst einmal für bessere Einbeziehung von China und Russland beim IMF und für mehr Rechte der Entwicklungsländer.

Immerhin wäre damit der Weg aufgezeigt. Wir bitten daher die Bundeskanzlerin Merkel zusammen mit dem Präsidenten Obama gegen die zunehmende Ungleichheit anzutanzen. Die beiden könnten ihre dance company mit weiteren cracks verstärken, die sich jeder nach Geschmack vorstellen darf. Nur die Bankenbeglucker Juncker und EZB-Chef Draghi müssen draußen bleiben.

Zunächst müsste die Tanztruppe die Banken niedertanzen, dann die Euro-Politiker, und am Ende die ganzen unverdienten Reichen. Also auf, auf.

<sup>6</sup> <http://thehill.com/policy/finance/220282-lagarde-id-belly-dance-for-imf-reforms>

<sup>7</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Christine\\_Lagarde](http://de.wikipedia.org/wiki/Christine_Lagarde)